

Es gilt das gesprochene Wort

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

TOP 20 – Bericht der Landesregierung  
„Aktionsplan Kinder und Jugend“

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Dazu sagt der sozialpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Monika Heinold:**

Durchwahl: 0431/988-1503  
Zentrale: 0431/988-1500  
Telefax: 0431/988-1501  
Mobil: 0172/541 83 53  
E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)  
Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 050.06 / 27.01.06**

## Landesregierung darf die Mitbestimmung von Kindern nicht kappen

Als erstes ein Dankeschön an alle, die diesen ausführlichen und übersichtlichen Bericht erarbeitet haben. Das ist ein guter Ausgleich für die nicht ganz geglückte Eröffnungsveranstaltung der Ministerin zum „Aktionsplan Kinder und Jugend“ im letzten Jahr. Auf dieser Veranstaltung wurde ein Plan mit ausgefeilten Zuständigkeiten präsentiert. Wie er mit Leben erfüllt werden kann, wurde aber nicht aufgezeigt.

Der auf unseren Antrag vorgelegte Bericht holt dieses nach. Er zeigt auf, wie das Leben von Kindern und Jugendlichen mit ihren Familien vor Ort zukünftig aussehen kann. Initiiert durch den „Nationalen Aktionsplan Kinder und Jugendliche“ der Bundesregierung setzt die Landesregierung mit ihrem Landesaktionsplan eigene Akzente. Die sechs gewählten Säulen – von der frühen Hilfe bis zur Beteiligungskultur – bilden die richtigen Schwerpunkte.

Schleswig-Holstein ist gut vorbereitet. Bereits in den letzten Jahren wurden viele jugend- und familienpolitische Initiativen auf den Weg gebracht. Wenn die Landesregierung nun alles umsetzt, was sie sich mit dem Aktionsplan vorgenommen hat, wenn vor Ort alle Beteiligten gut zusammenarbeiten und wenn es gelingt, haupt- und ehrenamtliches Engagement in der Kinder und Jugendarbeit auf Dauer zu gewinnen, dann haben wir allerehand erreicht.

Aber gerade in der Kinder- und Jugendpolitik wird ein Problem immer wieder auftauchen – die schwierige Finanzsituation der Kommunen. Eltern sind heute zunehmend mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert. Elternverantwortung und Familienkompetenz müssen gestärkt werden. Der Bedarf an Frühförderung steigt.

1/2

Diese Hilfeleistungen müssen professionell durchgeführt werden und sind dementsprechend teuer.

Schon jetzt erhalten Familien nicht immer die Hilfe, die sie brauchen. Da beantragt eine Erzieherin für ein Kind in der Kindertagesstätte eine Integrationsleistung, aber der Kreis lehnt ab, weil das Kind nicht genug Defizite aufweist. Da wird das Kind einer Alkoholikerin gegen das Votum der Erzieherin auf Anweisung der Hilfeplanerin des Kreises aus einer Fördermaßnahme genommen, weil es sich positiv entwickelt hat. Kurze Zeit später zeigt das Kind die gleichen, schweren Auffälligkeiten wie zuvor. Da werden Kinder hungrig aus der Kindertagesstätte nach Hause geschickt, obwohl alle Beteiligten wissen, dass sie zu Hause keine warme Mahlzeit erhalten. Diese Beispiele machen deutlich, wie viel Handlungsbedarf besteht.

Gerade weil Deutschland schon jetzt viel Geld für Familienförderung und soziale Sicherheit ausgibt, müssen wir immer wieder die Frage stellen, ob die Schwerpunktsetzung stimmt. Mittelfristig zahlt sich präventive Arbeit immer aus. Wenn im Verlauf eines Kinderlebens erst einmal vieles schief läuft, können die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Folgekosten hoch sein. Prävention statt Reparatur - hier ist noch viel zu tun.

Die Landesregierung will mit dem Aktionsplan auch die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in Kommunen, Schulen und Kindertagesstätten stärken. Meine Fraktion steht zu diesem Ziel. Uns Grünen war und ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein ein Recht auf Mitbestimmung haben und dass dieses vorbildlich in der Gemeindeordnung verankert ist.

Nun hat der um Erfolg ringende Entbürokratisierungsstaatssekretär diese Form der Mitbestimmung auf seiner Streichliste. Das Kabinett hat dieses brenzlige Thema gestern erst einmal vertagt. Das ist feige.

Wir beantragen, dass sich der Landtag klar zum Paragraph 47 f der Gemeindeordnung bekennt. Schleswig-Holstein braucht jetzt ein deutliches Signal, dass Kinder und Jugendliche auch in Zukunft als junge Demokraten ernst genommen werden, dass ihr Engagement und ihre Meinung gefragt sind.

\*\*\*